

BILDUNGS- MAGAZIN

Heft 1 des DKP-Bildungsjahres 1988/89



*Die
Gründung
1968*

*Und was
ist ihre
Bedeutung ?*

*Ausblick in
die Zukunft*

20 Jahre DKP :

***20 Jahre für Frieden, Arbeit
und Demokratie***

Josef Schleifstein

Der Intellektuelle in der Partei

Gespräche



va&g

**Verlag Arbeiterbewegung
und Gesellschaftswissenschaft**

Das Thema umfaßt den Zeitraum von 20 Jahren. Was ist in dieser Zeit geschehen?! Allein alle Ereignisse aufzuzählen, an welchen die DKP in dieser oder jener Weise beteiligt war, würde den Rahmen eines BILDUNGSMAGAZINS sprengen.

Eine andere schwerwiegende Frage: Wie beurteilen die verschiedenen Generationen von Genossinnen und Genossen die 20 Jahre unseres Wirkens?

Da gibt es die Genossinnen und Genossen der antifaschistischen Generation, des Kampfes gegen Hitler, Faschismus und Krieg; oder jene, die unmittelbar nach 1945 zur kommunistischen Bewegung kamen und am demokratischen Neuanfang mitwirkten; eine andere Generation kam in den 12 Jahren des KPD-Verbots in die

politische Arbeit; wieder eine andere gehört zur 68er-Generation;

in den siebziger Jahren erlebte eine neue Generation von Kommunistinnen und Kommunisten sowohl den Beginn einer Entspannungspolitik als auch die neuerliche Zuspitzung der internationalen Lage;

viele kamen zur DKP im Aufschwung der Friedensbewegung, im Kampf gegen die Stationierung der US-Atomraketen zu Beginn der achtziger Jahre;

die jüngste Generation von Kommunistinnen und Kommunisten ist Zeuge des ersten großen Sieges der Friedensbewegung.

Was ist das Unverzichtbare, das Unverlierbare der hinter uns liegenden 20 Jahre? Einige Antworten gibt dieses BILDUNGSMAGAZIN - nur einige. Weitere Antworten bleiben der Diskussion, den nächsten Bildungsthemen zum 70. Jahrestag der Gründung der KPD, zu den 40. Jahrestagen der Gründung der BRD und der DDR vorbehalten.

Re daktions NOTIZ

Inhalt

<i>Einleitung</i>	Seite	2
<i>1. Die Konstituierung der DKP 1968</i>	Seite	5
<i>2. Die Bedeutung der DKP für die Bundesrepublik</i>	Seite	14
<i>3. Ausblick auf künftige Entwicklungen</i>	Seite	26
<i>Dialog</i>	Seite	30
<i>Termine der Karl-Liebknecht-Schule</i>	Seite	31



Foto: Rose

*Herbert Mies,
Vorsitzender der
DKP, in Olden-
burg*

Foto: Koopmann



Einleitung *Am 26. September 1968 wird die Deutsche Kommunistische Partei gegründet. Von diesem Tag an beginnt wieder eine legale Kommunistische Partei in unserem Lande zu wirken.*



Das Verbot erfolgt 1956 auf einem Höhepunkt des Kalten Krieges. 12 Jahre später hat sich das internationale Kräfteverhältnis zugunsten der Fortschrittskräfte in der Welt verändert. Die reaktionären Vorstellungen imperialistischer Kräfte, einschließlich der westdeutschen, den Sozialismus, die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Länder „von der Landkarte“ streichen zu können, erweisen sich als illusionär.

Ein nennenswerter Teil der westdeutschen Öffentlichkeit, vor allem in der Arbeiter-, der Jugend- und Studentenbewegung, nimmt es nicht mehr länger passiv hin, daß eine Partei verboten ist, die als erste und entschieden gegen die Remilitarisierung des Landes aufgetreten ist.

Internationale und innere Faktoren drängen darauf, in der Bundesrepublik die Bedingungen für das legale Wirken einer Kommunistischen Partei zu schaffen.

Die Wurzeln der DKP reichen weiter zurück als in die Zeit unmittelbar vor der Neukonstituierung im Jahre 1968.

„Die DKP ist hervorgegangen aus dem mehr als hundertjährigen Kampf der deutschen Arbeiterbewegung gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Militarismus und Krieg. Sie hat das Vermächtnis der revolutionären deutschen Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei Deutschlands übernommen. In ihr lebt das Heldentum des antifaschistischen Widerstandes und der mutige Kampf derer fort, die nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus für einen antifaschistisch-demokratischen Neubeginn in unserem Lande wirkten.“ (Programm der DKP, S. 5)

Wurzeln der DKP

Zum Nachdenken



„Nur die kleinen deutschen Spießgesellen, die die Weltgeschichte an der Elle und der jedesmal „interessanten Zeitungsnachricht“ messen, können sich einbilden, daß in der gleichen großen Entwicklung 20 Jahre mehr als ein Tag sind, obgleich nachher wieder Tage kommen können, worin sich 20 Jahre zusammenfassen.“

(Karl Marx an Friedrich Engels, 9. April 1863, in Marx/Engels-Werke, Bd. 30, S. 342)

In dieser Tradition beteiligt sich die DKP seit 20 Jahren an den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen unserer Zeit, leistet sie wichtige Beiträge vor allem zur Entfaltung der Arbeiter-, der Friedens- und der vielfältigen linken und demokratischen Bewegungen.

Sie ist ein Faktor der Ausdauer, der Kontinuität, der Organisation. Bei der Vielfalt der politischen Ereignisse des Tages, bei Erfolgen und Niederlagen, behält sie unbeirrbar im Auge:

„Unser Ziel ist die sozialistische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft. Dieses Ziel kann nur verwirklicht werden durch die Arbeiterklasse, durch die große Mehrheit des Volkes . . .“ (Aus der Erklärung zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei, 1968)

20 Jahre – grundlegende Wandlungen

In den 20 Jahren der Existenz der DKP vollzieht sich ein grundlegender Wandel in den Lebensbedingungen der gesamten Menschheit.

● Die Gefahr der Selbstvernichtung durch atomare Massenvernichtungswaffen ist heraufgezogen.

● Die Gefahr der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen durch die weitere Verschärfung der ökologischen Krise erreicht neue Dimensionen.

● Der mit der wissenschaftlich-technischen Revolution sich vollziehende Umbruch reicht bis in die Arbeits- und Lebensbedingungen jedes einzelnen Menschen, verändert auch die Kampfbedingungen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung.

Die heutige Umbruchsituation wird von uns vor 20 Jahren noch nicht in ihrer globalen Bedrohlichkeit erkannt. Manche neuen Positionsbestimmungen erfolgen mit Verzögerungen, die nicht notwendig gewesen sind.

Die DKP ist jedoch bereits vor 20 Jahren die erste Partei, die in der Hauptfrage, in der Frage Krieg/Frieden, jene Auffassung formuliert, die heute Mehrheitsmeinung auch in unserem Volke ist:

„Es ist für die Völker eine Lebensfrage, daß es ihnen gelingt, einen militärischen Konflikt zu verhindern und politische Entspannung, friedliche Koexistenz durchzusetzen, die natürlich den Kampf der beiden Systeme nicht aufhebt, aber verhindert, daß er mit kriegerischen Mitteln ausgetragen wird.“ (Thesen des Düsseldorfer Parteitagés, 1971)



1. Die Konstituierung der DKP 1968

Das Konstituierungsjahr 1968 ist kein zufälliges Datum. Drei Faktoren sind hervorzuheben:

Gegen die Folgen der Restaurationpolitik

1. Es entstehen um die Mitte der 60er Jahre **große gesellschaftliche Bewegungen, in denen erstmals neue Generationen und Kräfte aktiv auf die politische Bühne des Landes treten.**

Sie wenden sich gegen die Folgen der Restaurations- und Rüstungspolitik, die unter Kanzler Adenauer seit Gründung der Bundesrepublik verfolgt worden war. Sie erhalten zusätzliche Motivation, nachdem die SPD, von der viele Menschen eine entschiedene Oppositionspolitik erwarten, in eine Große Koalition mit der CDU/CSU eintritt.

Letztlich richten sich diese Bewegungen, ob es allen ihren Teilnehmern bewußt ist oder nicht, gegen eine politische Herrschaft, die die alten kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse wiederhergestellt hat; die dafür die Wiederbewaffnung betreibt und Notstandsgesetze zur möglichen Unterdrückung der Arbeiter- und demokratischen Bewegung ausarbeitet und verabschiedet.

Sie wenden sich gegen jene anti-kommunistische Staatsdoktrin, die alles zu überwuchern droht, die demokratischen Spielräume immer mehr einengt, ja sogar die außenpolitischen Bewegungsmöglichkeiten der Bundesrepublik zu blockieren droht.

DKP – Partei der Demokratie

Am Tag ihrer Gründung erklärt die DKP:

„Die innere Entwicklung der Bundesrepublik im Sinne einer lebendigen Demokratie kann durch eine legale Kommunistische Partei nur gewinnen. Ihr Eingreifen in die politische und geistige Auseinandersetzung wird den durch die anti-kommunistischen Tabus eingeschränkten Raum der Diskussionsfreiheit erweitern, die Schranken

der Diffamierung und Bevormundung durchbrechen. Auch dem Ansehen der Bundesrepublik im Ausland, im Westen wie im Osten, wird die Betätigungsfreiheit einer Kommunistischen Partei in diesem Lande förderlich sein. Was in England, Frankreich und selbst in den USA erlaubt ist, darf in der Bundesrepublik nicht länger unter Ausnahmerecht des Kalten Krieges stehen.“ (Erklärung zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei, 1969)

Diese Voraussage erweist sich als richtig. Die demokratische Selbstbetätigung der Menschen nimmt rasch zu. Demonstrationen, früher eine wegen ihrer Außergewöhnlichkeit bestaunte Aktionsform, werden zu einer Selbstverständlichkeit, deren sich heute sogar Beamte oder Bankangestellte bedienen.

Es hat sich eine vielfältige progressive politische Kultur entwickelt, die sich gründlich unterscheidet von Untertanenmentalität oder Kadavergehorsam. Die DKP prägt Begriffe wie „Gläsernes Rathaus“ oder „Gläserne Taschen“ der Konzernherren, um Hintergründe von Entscheidungen offenzulegen, den Blick hinter die Kulissen zu öffnen, die wirklichen Machtstrukturen sichtbar zu machen.

Nicht daß diese Veränderungen ausschließlich durch direktes Einwirken von Kommunistinnen und Kommunisten sich vollzogen hätten; aber mit der Existenz und mit dem Wirken einer legalen Kommunistischen Partei mindert sich der autoritäre Druck, getrauen sich die Menschen, eine andere Meinung als die der Regierenden zu haben; nehmen sie sich die Freiheit, ihre Interessen selbst wahrzunehmen. Zahlreiche antikommunistische Tabus (Tabu = das Unantastbare) werden umgestoßen (ohne daß wir übersehen wollen, wie statt dessen andere, neue produziert werden).

Wichtige Aktionen der Arbeiterklasse

- 1969** *Die Septemberstreiks - spontane Streikaktionen gegen Reallohnverlust und die Verteidigung demokratischer Mitbestimmungsrechte.*
- 1972** *Politische Streiks für die Ratifizierung der Ostverträge, gegen die CDU/CSU-Versuche, Kanzler Brandt zu stürzen.*
- 1978** *Beginn der ersten Streikaktionen der Stahlarbeiter für die 35-Stunden-Woche.*
- 1979** *Weitere Streiks für die 35-Stunden-Woche.*
- 1981** *1,5 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte beteiligen sich an der Unterschriftensammlung des DGB für „Frieden und Abrüstung“.*
- 1981** *Es entstehen betriebliche Friedensinitiativen gegen die Stationierung der US-Atomraketen.*
- 1982** *Erste Massendemonstration der Gewerkschaften gegen Sozialabbau.*
- 1982** *Zahlreiche Gewerkschafter und Betriebsbelegschaften beteiligen sich an der Demonstration der 400.000 für Frieden und Abrüstung in Bonn.*
- 1983** *350.000 Metallarbeiter streiken gegen Arbeitsplatzvernichtung. 130.000 demonstrieren in Bonn.*
- 1984** *Die Metallarbeiter, Drucker und Setzer streiken für die 35-Stunden-Woche.*
- 1985** *Streikaktionen der Werftarbeiter gegen Arbeitsplatzvernichtung.*
- 1985** *600.000 beteiligen sich am Aktionsherbst der Gewerkschaften gegen den Sozialabbau, für die Sicherung von Arbeitsplätzen.*
- 1986** *1,6 Millionen Gewerkschafter streiken und demonstrieren gegen die Verschärfung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes. 7,6 Millionen Arbeiter und Angestellte beteiligen sich am ersten „Arbeitervotum“ gegen die Aushöhlung des Streikrechtes.*
- 1987** *Aktionen der Stahlarbeiter gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen.*
- 1988** *Fortsetzung der Aktionen der Stahlarbeiter. Aktionen der Postgewerkschafter gegen die „Privatisierungspläne Bonns“. Aktionen der Angestellten im Handel gegen die Verlängerung der Arbeitszeit.*

Angetastet wird das Tabu, mit Kommunisten generell nicht zusammenzuarbeiten. Angetastet wird das Tabu, keinerlei kommunistische Vorschläge zu beachten oder gar anzunehmen. Umgestoßen wird das Tabu, mit regierenden Kommunisten nicht zu verhandeln.

Verändertes Kräfteverhältnis

2. Die positiven Veränderungen haben auch internationale Ursachen. **Die herrschenden Kreise in der kapitalistischen Welt, darunter die der Bundesrepublik, sind zur Anpassung an neue Gegebenheiten gezwungen.** Eine solche Anpassung drückt sich in der damals verkündeten „neuen Ostpolitik“ aus, die zahlreiche Vereinbarungen zwischen „Ost“ und „West“ zum Ergebnis hat. Später wird dieser Zeitabschnitt als „Zeit der ersten Entspannung“ bezeichnet. Die Verträge der Bundesrepublik mit der Sowjetunion, mit Polen, mit der CSSR, der Vertrag über Westberlin und schließlich die Verträge mit der DDR haben positive Wirkungen für Frieden und Sicherheit. Die Politik der friedlichen Koexistenz beginnt erste Früchte zu tragen, wie die damaligen zahlreichen Abkommen zwischen der Sowjetunion und den USA beweisen. Die Kommunistinnen und Kommunisten können ohne Übertreibung von sich selbst sagen, daß Frieden und Völkerverständigung zu allen Zeiten ihre Hauptziele sind. Ein freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion anzustreben, das forderten wir, als alle anderen noch tief in den Schützengräben des Kalten Krieges saßen. Wir sind die einzige Partei, die voraus sagte, daß der Tag kommen werde, an dem man nicht nur mit der Sowjetunion verhandeln, sondern auch die DDR anerkennen werde. Damals wurden Kontakte zur

DDR noch polizeilich verfolgt oder mit Gefängnishaft bestraft. — 1987 muß Erich Honecker mit allen staatlichen Ehren in Bonn empfangen werden!

Die Kontinuität kommunistischen Handelns

3. Neben den positiven Veränderungen im internationalen und im inneren Kräfteverhältnis spielen **die Kommunistinnen und Kommunisten selbst eine entscheidende Rolle**, daß es 1968 zur Neukonstituierung einer kommunistischen Partei kommen kann. Trotz Verbot und Verfolgungen wirken die Kommunistinnen und Kommunisten ununterbrochen in allen Kämpfen und Bewegungen der Jahre 1956 bis 1968.

Ihre Hauptaktivitäten richten sich auf den Kampf gegen die Notstandsgesetze, die von der CDU/CSU initiiert, von der Mehrheit der Großen Koalition verabschiedet, ein Instrument sind, mit dessen Hilfe die Verfassung außer Kraft gesetzt, die Tätigkeit der Parteien und Gewerkschaften unterbunden, das Streikrecht ausgesetzt werden kann.

Ebenso großen Anteil haben die Kommunistinnen und Kommunisten an der Entwicklung der Ostermärsche, der jährlich wiederkehrenden bedeutendsten Friedensmanifestation vor allem gegen Pläne zur Atombewaffnung der Bundeswehr.

Die Kommunistinnen und Kommunisten sind mit großem Einsatz bei den Demonstrationen und Kundgebungen für die Beendigung der US-Aggression gegen Vietnam.

In ganz persönlichem Engagement treten die antifaschistischen Widerstandskämpfer aus dem kommunistischen Reihen gegen den Neonazismus auf. Ihren Initiativen ist es zuzuschreiben, daß es an vie-

„Neue Ostpolitik“



len Orten zu antifaschistischen Bündnissen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Christen und Liberalen kommt und die neonazistische Partei NPD gehindert wird, in den Bundestag einzuziehen. Daß heute ein neues antifaschistisches demokratisches Bewußtsein entstanden ist, ist nicht zuletzt auf das kontinuierliche Wirken vor allem der antifaschistischen Widerstandskämpfer in und mit der DKP zurückzuführen.

Trotz noch andauernden Parteiverbots sind Kommunistinnen und Kommunisten aktiv tätig für die Verbreitung kommunistischer Vorschläge, Forderungen, Ziele und Ideen. Sie beteiligen sich als Einzelkandidaten an Parlamentswahlen, sie geben als „Privatpersonen“ kommunistische Zeitungen und Flugblätter heraus.

In zahlreichen Städten initiieren sie die Gründung Marxistischer Studiengesellschaften. 1968 zählen diese mehr als 60 Einrichtungen bundesweit mit bis zu 2000 Teilnehmern an verschiedenen Kursreihen.

Schließlich ergreifen Kommunistinnen und Kommunisten die Initiative für die Gründung von Ausschüssen für die Wiederzulassung der KPD. Sie gibt es bald in allen Bundesländern. Ihnen schließen sich zahlreiche Gewerkschafter und nicht wenige Menschen an, die nicht länger dulden wollen, daß Kommunisten in der Bundesrepublik als Menschen zweiter Klasse behandelt werden; die generell die Fesseln des Antikommunismus überwinden wollen. Viele von ihnen haben in den Bewegungen Kommunistinnen und Kommunisten kennengelernt, schätzen ihre

*Ausschüsse
für KPD-
Wiederzulassung*

„...nur in der DKP.“

„Die Existenzberechtigung politischer Parteien und Gruppierungen ist letztlich eine Frage der Inhalte, der Ziele. Und da können die Fragen ja nur lauten: Sind diese Ziele überholt oder überlebt, oder gibt es andere Parteien und politische Organisationen, von denen sie vertreten werden oder sogar wirksamer vertreten werden? Beides muß man verneinen...

Das Ziel der Überwindung des Kapitalismus und der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft, der politischen Macht der Arbeiterklasse ist von der Sozialdemokratie seit 1914 aufgegeben...

Und die Grünen behaupten nicht, daß sie Sozialisten sind oder sozialistische Ziele anstreben. Sie weichen furchtsam sogar den Begriffen Kapital und Kapitalismus aus...

Wer also bei uns davon überzeugt ist, daß der Kapitalismus überwunden werden muß, weil er zum Hemmnis des menschlichen Fortschritts geworden ist, wer an der Auffassung festhält, daß dies nur durch die sozialistische Umwälzung der Produktionsverhältnisse geschehen kann, hat - im Sinner einer, wenn auch kleinen, politischen Partei - eine Vertretung nur in der DKP.“

(Prof. Dr. Josef Schleifstein: „Der Intellektuelle in der Partei“, Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Marburg, 1987)

organisatorischen Fähigkeiten und ihren politischen Durchblick. Sie verlangen, daß deren Partei außer Verfolgung gesetzt wird. Sie fordern eine legale Kommunistische Partei, um die demokratische Bewegung insgesamt zu stärken.

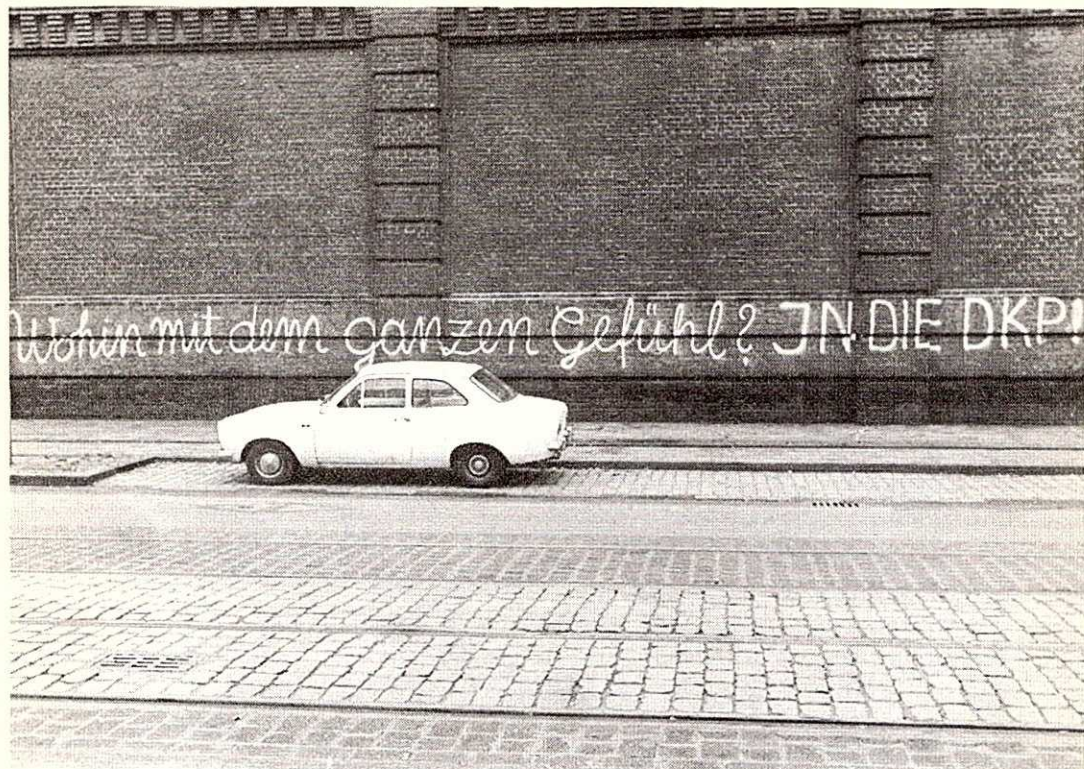
Schluß mit dem KPD-Verbot!

Im ganzen Lande finden 1967/68 Demonstrationen, Versammlungen, Info-Stände statt, deren Hauptforderung lautet: „Schluß mit dem KPD-Verbot!“ Im Februar 1968 wird der Entwurf für ein Programm der KPD auf einer Pressekonferenz vorgelegt. Die offen auftretenden Genossinnen und Genossen werden festgenommen, das Programm beschlagnahmt. Dennoch werden die Forderungen nach Aufhebung des KPD-Verbots stärker. Innerhalb eines Jahres sind es 184 Veranstaltungen mit ca.

36 000 Teilnehmern, auf denen Kommunistinnen und Kommunisten ihre aktuellen Forderungen unterbreiten und ihre Vorstellungen zur künftigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik vortragen.

Endlich muß auch Bonn sein Ohr diesen Forderungen öffnen. Sozialdemokratische Minister werden bei ihren Auslandsreisen wiederholt gefragt, was man von einer Demokratie halten solle, die eine legale Betätigung der Kommunisten unter Strafe stelle.

Der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann, ein Gegner des Adenauer'schen politischen Strafrechts, wird Justizminister. Er und Brandt, der damals Vizekanzler ist, befürworten aus „innen- und außenpolitischen Gründen“ eine „neu zu konstituierende Kommunistische Partei“.



Unter den Kommunistinnen und Kommunisten wird die Frage diskutiert, ob trotz Fortbestehens des Verbotsurteils gegen die KPD die Neugründung einer kommunistischen Partei vorzunehmen sei. Noch immer bestehen Haftbefehle gegen mehr als 100 Mitglieder und Funktionäre der verbotenen KPD. Die Kommunistinnen und Kommunisten werden sich klar: Einerseits reicht die Kraft der demokratischen Bewegung nicht, das KPD-Verbot mit allen seinen Weiterungen aus der Welt zu schaffen; andererseits aber gelingt es den Herrschenden schon nicht mehr, jede legale kommunistische Betätigung zu unterbinden.

In dieser Situation gehen die Kommunistinnen und Kommunisten in die Offensive. Sie nehmen die Neukonstituierung der Deutschen Kommunistischen Partei vor.

„Nur eine Partei, die die Ideen von Marx, Engels und Lenin zur

Grundlage ihres Handelns macht, kann unserem Volke, besonders der arbeitenden und studierenden Jugend, einen Weg zur Veränderung der Verhältnisse, zu demokratischem Fortschritt und zum Sozialismus weisen.“ So stellt die DKP in ihrer Gründungserklärung fest. Von dieser Grundlage ist die Deutsche Kommunistische Partei trotz vielfacher Anfechtungen von rechts und „links“ in allen Phasen ihrer Entwicklung nicht abgewichen.

Notwendigkeit und Möglichkeit

Zusammenfassend: Die Bildung der DKP im Jahre 1968 ist notwendig und möglich geworden.

● **Notwendig**, weil es einer Kraft bedarf, die in der Vielfalt der Bewegungen das **Gesamtinteresse** der demokratischen und Arbeiterbewegung zum Ausdruck bringt;



● weil es einer Kraft bedarf, die bei allem Auf und Ab für **Kontinuität und Unermüdlichkeit** in Aktionen sorgt;

● weil Bewußtsein vermittelt werden muß, nicht bei Teilerfolgen stehen-zubleiben, sondern den **Durchblick auf die gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten** zu schaffen, die erst bei grundsätzlichen Veränderungen in den Besitz- und Machtverhältnissen letztlich zu dauerhaften Lösungen führen.

● **Möglich** wird die Bildung einer legalen Kommunistischen Partei, weil es in den 60er Jahren zu einer qualitativ veränderten innen- und außenpolitischen Situation in der Bundesrepublik kommt;

● weil sich international die Wende vom Kalten Krieg zur Entspannung anbahnt;

● weil sich unter dem Anpassungszwang des Imperialismus vernünftiger Elemente durchsetzen, die zu mehr Demokratie und internationaler Verständigung bereit sind;

● weil die demokratische und Arbeiterbewegung Kräfte entwickelt, die die Forderung nach einer legalen Kommunistischen Partei unterstützen;

● schließlich, weil die Kommunistinnen und Kommunisten nach 12jähriger Illegalität die Kraft aufbringen, die selbständige Organisation einer revolutionären Arbeiterpartei unter neuen Bedingungen zu schaffen.

Innerhalb weniger Wochen nach dem 26. September 1968 bilden sich bis Ende Oktober 1968 mehr als 220 Orts- und Stadtteilgruppen, 40 Betriebsgruppen, 123 Kreis- und zehn Landesvorstände der Deutschen Kommunistischen Partei.

Organische Verbindung von Tradition und Neuem

Zu den neuen Mitstreitern gehören hervorragende Vertreter neuer in die politischen Geschehnisse eingreifender Generationen. Das sind Arbeiter und Angestellte, Betriebsräte und Vertrauensleute, die in den Arbeiter- und Gewerkschaftskämpfen der 60er Jahre ihren Weg zur Kommunistischen Partei gefunden haben. Sie haben sich nicht nur von der „Sozialpartnerschafts“-Ideologie gelöst, sie haben Klassenbewußtsein entwickelt, was sie zur organisatorischen Konsequenz der Mitgliedschaft in der revolutionären Arbeiterorganisation veranlaßt.

Das sind vor allem hervorragende Leute aus der Jugend- und Studentenbewegung. Sie kämpfen zunächst gegen die konservativen Autoritäten, für eine demokratische Hochschulreform. Sie werden zu Aktivisten der Anti-Notstandsbewegung und der Bewegung gegen die US-Aggression in Vietnam. Sie bringen neue Aktionsformen ein, von denen die Kommunistinnen und Kommunisten viel lernen. (Demonstrationen im Dauerlauf mit den Rufen „Ho, Ho, Ho Tsch Minh“ und an der Seite von Rudi Dutschke sind für ältere Genossinnen und Genossen zunächst ungewöhnlich; ebenso „sit ins“, Sitstreiks auf Straßen, Plätzen oder in „offiziellen Räumen“.)

Große Impulse, wichtige Anregungen und aktive Mitstreiterinnen erhält die DKP aus der Frauenbewegung. Sie selbst bringt ihre Klassenpositionen in sie ein, schafft die Verbindung zur Arbeiterbewegung — ein großer Erfolg.

In und mit der DKP entsteht eine organische Verbindung von traditionellen Erfahrungen der Arbeiterbewegung mit aktuellsten Er



Zum Nachdenken

„Im schlichten Gewand einer Organisationsbestimmung zeigt sich die hohe Einschätzung der subjektiven Kräfte geschichtlichen Geschehens, des bewußten, planmäßigen Zusammenwirkens einzelner, vieler zu einem einheitlichen, zielgebenden Willen.“

(Clara Zetkin, aus "Die Rote Fahne", Nr. 61/1923)

lebnissen und daraus abgeleiteten Erkenntnissen der jungen Frauen und Männer, der neuen Akteure auf der politischen Bühne.

Die politische Kultur der DKP ist von Anfang an geprägt von großer Diskutierfreudigkeit und vielfältiger Aktionstätigkeit. Die älteren Genossinnen und Genossen, die vor 1933 aktiv waren und während des Faschismus ihr Leben nicht schonten, bringen die revolutionären Eigenschaften wie Mut, Standhaftigkeit und Ausdauer ein. Die Genossinnen und Genossen der „ersten Stunde“ nach 1945 verfügen über die Erfahrungen antifaschistisch-demokratischen Engagements, ihres Kampfes gegen die Restaurierung alter Besitz- und Machtverhältnisse, des Wirkens gegen die Remilitarisierung. Und da sind die Genossinnen und Genossen, die während der 12jährigen Verfolgung unter Adenauer Disziplin und die Fähigkeit gelernt haben, legale und illegale Kampfformen wirkungsvoll miteinander zu verbinden.